

Gesetzgebung

ul. Berlin/Postdam. Bundeskanzler Schröder und Innenminister Schily (SPD) erwarten, dass das Einwanderungsgesetz trotz der ablehnenden Haltung der Unionsführung eine Mehrheit im Bundesrat findet. Der Bundesrat habe über ein Gesetz zu entscheiden, das Zuwanderung nach wirtschaftlicher Notwendigkeit und Humanität regelt.

Der Bundesrat hat das Gesetz zur Stärkung der vertraglichen Stellung von Urhebern und ausübenden Künstlern gebilligt. Ziel des Gesetzes ist es, Urheber und Künstler angemessen an dem wirtschaftlichen Nutzen ihrer Werke zu beteiligen.

Die Bundesregierung will die Altersgrenze für den Besuch von Tanzlokalen von 16 auf 14 Jahre absenken und damit – wie es Familienministerin Christine Bergmann formulierte – die Jugend-schutzbedingungen an die Lebensrea-lität anpassen.

Das Bundesverfassungsgericht verhandelt am Dienstag über Klagen von drei Bundesländern, die eine Beteiligung an den Erlösen aus den UMTS-Lizenzen er-wirken wollen.

(alle Beispiele: März 2002)

Wer beschließt eigentlich in der Bundesrepublik Deutschland Gesetze?

Nur eine Antwort ist richtig!

kommt darauf an

Betroffene Interessenverbände

Bundesregierung

Richter und Gerichte

Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Regierungsfractionen im Bundestag

Parteien

Bürger bei Volksabstimmungen

Bundeskanzler und Bundespräsident

Polizei und Verwaltung

Bundestag und Bundesrat



„Gesetze dienen dazu, die **?** zu gestalten und zu steuern. **?** regeln das Wirtschaftsleben, die soziale Sicherheit, den Arbeitsmarkt, die Berufsbildung, das Gesundheitswesen, die Erhaltung der Umwelt, den Datenschutz und vieles andere mehr. Damit werden Gesetze zu einem **?** und zur Gestaltung der **?**.

Die Parteien verkünden ihre **?** in Wahlprogrammen, Regierung und Koalitionsfraktionen formulieren sie im **?** und setzen sie auf dem Weg der **?** um.

Gesetze sind aber nicht nur Umsetzungen politischer Programme. **?** für neue Gesetze können von einzelnen **?**, Interessen **?**, Bürger **?**

und Petitionen ausgehen. Sachverständigenkommissionen, Untersuchungsausschüsse, wissenschaftliche Beiräte geben **?** für gesetzliche Regelungen. Aktuelle soziale und wirtschaftliche **?**

können neue Gesetze erfordern. Länder und Gemeindebehörden melden Änderungswünsche an, wenn bei der Ausführung von Gesetzen **?** auftreten. Wenn das Bundesverfassungsgericht ein Gesetz als nicht vereinbar mit dem **?** erklärt, ist eine neue Regelung erforderlich. Viele internationale Verträge bedürfen eines Gesetzes (Ratifizierung), um in Kraft zu treten. Immer häufiger sind Gesetze erforderlich, die sich aus der Mitgliedschaft Deutschlands in der **?** ergeben und europäisches in deutsches Recht umsetzen.“

Anstöße – Gesetze – politischen Absichten – Grundgesetz – Entwicklungen – Gesetzgebung – Verbänden – gesellschaftlichen Verhältnisse – Schwierigkeiten – Mittel der Politik – Europäischen Union – Bürgern/innen – Empfehlungen – Regierungsprogramm - Initiativen – Lebensverhältnisse

(aus: Horst Pötzsch, Die deutsche Demokratie, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, S. 73)